Regime zeitlich zu fixieren, hätte man sich eine noch differenziertere Betrachtung und Bewertung der historischen Ereignisse gewünscht.

Insgesamt handelt es sich um eine anregende Arbeit, die die völkerrechtlichen Probleme des jugoslawischen Staatszerfalls sehr anschaulich bündelt und gut lesbar erörtert. Leider fehlt dem Ganzen ein wenig der rote Faden, die einzelnen Abschnitte stehen fast unverbunden nebeneinander. Inhaltlich leiden die Ausführungen etwas darunter, daß die Verfasserin zu sehr auf die h.M. zu einzelnen Problembereichen fixiert ist: Die jüngere Staatenpraxis im Hinblick auf Jugoslawien läßt sich mit den eingefahrenen Konzepten von Anerkennung, Selbstbestimmung und Staatensukzession nicht vollständig erfassen. Dieser Anforderung kann die Völkerrechtswissenschaft nur mit etwas mehr kreativer Phantasie und dem Mut zu veränderten Erklärungsmustern gerecht werden.

Oliver Dörr

Eusebio Mujal-León / Ann-Sofie Nilsson

Die Sozialistische Internationale in den 80er Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken

Studien zur Politik, Band 23

Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn / München / Wien / Zürich, 1995, 294 S., DM 44,--

Ziel der im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Studie ist es, Art, Entwicklung und Hintergrund des Engagements der westeuropäischen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien – als einzelne und im Rahmen der Sozialistischen Internationale – in den Entwicklungsländern zu untersuchen. Es scheint sich um das Ergebnis einer Zusammenarbeit der Autoren an der Georgetown University zu handeln, an der *Mujal-León*, geboren in Kuba, als Professor of Government lehrt, und *Nilsson*, Politologin in Schweden, Visiting Researcher war. Das Augenmerk der Autoren liegt, anders als der Titel es vermuten läßt, mehr auf den sozialistischen Parteien Frankreichs (PS) und Spaniens (PSOE) sowie der deutschen und der schwedischen Sozialdemokratischen Partei (SPD bzw. SAP), als der Sozialistischen Internationalen (SI) selbst, der nur eines der Kapitel gewidmet ist.

Ausgehend von einer Skizzierung der europäischen Sozialdemokratie in historischer Perspektive, in der das Interesse von Sozialdemokraten an der Dritten Welt, wenn auch von einer "tiefempfundenen sozialistischen Mitverantwortung" (S. 37) getragen, als Ausdruck eines traditionellen europäischen Nationalismus gesehen wird, dem es darum gehe, den früheren Einfluß Europas in der Weltpolitik wiederzugewinnen, wird die Sozialistische Internationale als eine trotz erfolgreicher Bemühungen um Ausweitung ihrer Mitgliedschaft in den anderen Kontinenten europäisch dominierte Organisation beschrieben, deren politi-

sches Potential brachgelegen habe, bis Willy Brandt sie in den 70er Jahren als ein Instrument zur Umsetzung seiner "ambitiösen politischen Visionen" entdeckte (S. 55). Das Kapitel "Der europäische Sozialismus und die Dritte Welt" befaßt sich mit der sozialistischen Südafrika- und Nahostpolitik. Im Unterschied zu dem in seinen Inhalten von einem großen Maß an Kontinuität geprägten sozialistischen Engagement im südlichen Afrika sei die Nahostpolitik der SI starken Schwankungen unterworfen gewesen: von einer uneingeschränkten Unterstützung des Staates Israel während der 50er und 60er Jahre über eine "geradezu enthusiastische Unterstützung" der PLO durch die Führung der SI bis hin zu einer "gemäßigten Linie" in den 80er Jahren. Die von ihnen deutlich mißbilligte Unterstützung der PLO vor allem durch den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky bringen die Autoren in engen Zusammenhang mit der Ölkrise Mitte der 70er Jahre, die die europäischen Sozialisten zu einer "Umorientierung ihrer Politik zugunsten engerer Verbindungen mit der arabischen Welt" (S. 68) veranlaßt habe.

Den zweiten Teil der Arbeit bildet eine bereits 1989 in den USA veröffentlichte Fallstudie über die europäischen Sozialisten und Lateinamerika. Im Mittelpunkt steht hier vor allem die Politik gegenüber Nicaragua und El Salvador. Jeweils ein Kapitel ist der Mittelamerikapolitik der französischen PS, der spanischen PSOE, der deutschen SPD und der schwedischen SAP gewidmet. Der PSOE und dem spanischen Premierminister González wird eine "gemäßigte", d.h. den Sandinisten gegenüber kritische Politik bescheinigt. Auch Frankreich, während der 80er Jahre unter Präsident Mitterrand überwiegend sozialistisch regiert, habe nach anfänglichen "großen Gesten" direkt nach dem Wahlsieg Mitterrands von 1981 eine "ausgewogene Politik" verfolgt, nicht zuletzt, um nicht in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten. Größere Radikalität in der Unterstützung der Sandinisten bzw. der FMLN in El Salvador wird dagegen der SPD und der SAP attestiert, deren besonderes Interesse an Lateinamerika sich aus der kulturellen Ähnlichkeit mit Spanien und Portugal erkläre, wo diese Parteien eine entscheidende und erfolgreiche Rolle im Demokratisierungsprozeß gespielt hatten. In der SPD machen die Autoren drei verschiedene Denkrichtungen aus: eine "gemäßigte", u.a. von Helmut Schmidt vertretene Linie, eine Gruppe der "Eurointernationalisten" um Willy Brandt sowie noch radikalere und deutlicher antiamerikanische "neomarxistische Elemente", deren Einfluß sich noch verstärkt habe, als die SPD 1982 aus der Regierungsverantwortung ausschied. Das Engagement der schwedischen Sozialdemokraten in Lateinamerika wird auf eine stark empfundene Solidarität gegenüber kleineren Staaten, die die Basis der schwedischen Neutralität bilde, und die "Grundthese der schwedischen Politik, daß in der internationalen Gemeinschaft ... der Respekt für die Rechtsprinzipien der nationalen und territorialen Unabhängigkeit und Souveränität aller Länder, der großen wie der kleinen, von fundamentaler Bedeutung sei" (S. 163), zurückgeführt. Damit setzen sich die Autoren weitaus differenzierter mit den Gründen für die von ihnen als "hineingungsvolle Umarmung" bezeichnete Haltung der SAP gegenüber den Sandinisten auseinander, als dies für die Parteien geschieht, bei denen neben wirtschaftlichen Interessen und europäischem Nationalismus vor allem "romantische Vorstellungen des revolutionären Kampfes" und Antiamerikanismus diagnostiziert werden.

Zusammenfassend unterscheiden die Autoren drei Phasen eurosozialistischen Engagements in Mittelamerika: die erste von 1979-1981, charakterisiert durch "grenzenlosen Optimismus" und die Überzeugung, daß "revolutionärer Wandel in der Region notwendig, wünschenswert und unvermeidlich" sei (S. 182), die zweite Phase (1982-1986), gekennzeichnet durch eine revidierte Lagebeurteilung und stark reduzierte Aktivitäten, u.a. als Folge des Amtsantritts Reagans, sowie eine dritte Phase (1986-1989), die durch wieder verstärktes Engagement der europäischen Sozialdemokraten vor allem bei der Unterstützung von Verhandlungslösungen als "ehrliche Makler" des Friedens geprägt gewesen sei.

Die Einschätzung der deutlich aus amerikanischer Sicht geschriebenen Studie wird von der Grundhaltung des Lesers abhängen. Wer die konservative Position der Autoren teilt, wird sich in seinen Auffassungen über das Engagement der europäischen Sozialisten in der Dritten Welt bestätigt fühlen; wer anderer Ansicht ist, wird durch die Lektüre nicht in Verlegenheit gebracht. Für alle Interessierten gleichermaßen wertvoll ist die im Anhang abgedruckte Auswahl von Dokumenten der Sozialistischen Internationale.

Claudia von Lampe

Daniel Thürer / Elmar Ledergerber (Hrsg.)

Regional- und sicherheitspolitische Aspekte Europas

Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich, 1995, 171 S., SFr 49,--

Dieser vom Europa Institut Zürich herausgegebene Band basiert auf den Ergebnissen einer Regionalkonferenz des Jahres 1994, auf der sich neben den Regierungen der schweizerischen Kantone auch Vertreter der Länder Baden-Württemberg und Bayern sowie Experten aus Vorarlberg und Tirol trafen, um die Frage "Regionen als Bausteine Europas?" zu erörtern. Schließlich gab es eine Initiative, den sicherheitspolitischen Aspekt des europäischen Prozesses in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, weswegen dieses Buch nun die aus den Veranstaltungen hervorgegangenen Beiträge und zusätzlich einige Artikel zum gegenwärtigen europapolitischen Problembereich präsentiert.

Die Themen der Beiträge sind so abwechslungsreich wie aktuell. Grob unterteilt in zwei Gruppen, nämlich regionalpolitische Aspekte auf der einen und sicherheitspolitische Aspekte auf der anderen Seite, sind sie so unterschiedlich wie "Subsidiarität im Umweltrecht" und "Ein neues Schweden in einem neuen Europa". Interessant ist auch die Tatsache, daß die Autoren nicht nur aus verschiedenen Ländern stammen, sondern auch in ganz unterschiedlichen praktischen und wissenschaftlichen Bereichen tätig sind und – auch das sei an dieser Stelle betont – dieses Buch keinesfalls die in der EU oft verbreiteten Vorurteile einer 'typisch schweizerischen, ablehnenden Sichtweise' bestätigt. Natürlich ist es auch einmal wichtig zu hören oder zu lesen, was die Eidgenossen (wirklich) denken.